



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.



Wirtschaftskammerchef Christoph Leitl (links) und Arbeiterkammerpräsident Rudolf Kaske

1 Falls ÖVP und FPÖ plus NEOS im Konflikt mit den Kammern punkten wollen, wird das schwierig. Nach dem APA/OGM-Index vertrauen etwa der Arbeiterkammer etwa zwei Drittel der Bevölkerung. Re-

Interessenvertretung: Ja, aber wie nur?

Arbeiter, Angestellte und Unternehmer haben das Recht, ihre Interessen zu vertreten. Dabei muss sich niemand auf Parteien verlassen, sondern es gibt eigenständige Organisationen. Sollen wir aber je nach Beruf fix Mitglied einer Kammer sein? Die Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiter- und Wirtschaftskammer ist das erste Streitthema nach der Wahl.

gierung und Parlament wird von kaum halb so vielen Menschen Vertrauen entgegengebracht. Parteien aller Farben misstrauen gar 80 bis 90 Prozent. Jeden Wettbewerb der Beliebtheit gewinnt also das umstrittene Kammerwesen haushoch.

2 Für die FPÖ macht die Schwächung der Kammern mittels Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft trotzdem Sinn. Die Blauen sind in Kammerwahlen extrem schwach. Sie haben daher nichts zu verlieren.

Die SPÖ muss umgekehrt fürchten, beim Kahlschlag der Arbeiterkammer eine Machtbastion zu verlieren.

Doch gewinnt sie ein ihre Reihen dicht schließendes Kampfthema gegen die baldige Bundesregierung von ÖVP und FPÖ.

3 Die NEOS meinen ideologisch, dass es für jede Lobby mehr freien Wettbewerb statt staatlicher Regelungen geben muss. Es würde sich ohne Pflichtmitgliedschaft in den Beziehungen von Unternehmern und Angestellten automatisch durchsetzen, was gut und richtig ist – und nicht bloß der Wille des Stärkeren oder Reicher.

Allein Sebastian Kurz sitzt zwischen den Stühlen: Vielleicht denkt er ähnlich.

Das wäre ein Schuss ins Knie der ÖVP, weil ja der schwarze Wirtschaftsbund in der Wirtschaftskammer allmächtig ist. Seine christdemokratischen Gewerkschafter dominieren die Tiroler und die Vorarlberger Arbeiterkammer.

4 Die Sachfrage ist, ob wir als Interessenvertretung den Korporatismus der bisherigen Sozialpartner oder einen US-Pluralismus wollen. Das Monopol unserer Kammern, ihre indirekte Mitsprache bei Gesetzen und Pflichtmitgliedschaften werden kritisiert.

In den USA freilich bemühen sich unzählige Einzel-

verbände nur um die jeweils eigenen Leute. Beim Rest der Arbeitgeber und -nehmer gelten ausgemachte Sicherheiten vom Kündigungsschutz bis zu den Arbeitszeiten nicht.

5 In Krisenzeiten hat sich die Sozialpartnerschaft bewährt. Es gibt ein Prinzip der Gemeinsamkeit statt des Arbeitskamps auf der Straße. Aussperrungen oder Streiks sind selten. Kammern im Verfassungsrang sind für das Staatsganze verantwortlich. Den Lobby-Vereinen mit wechselnden Mitgliedschaften darf man nicht vorwerfen, dass sie sich auszusuchen, für was und wen sie sein wollen.

6 Allerdings betrug die Beteiligung in der Arbeiterkammerwahl 2014 und auf Wirtschaftsseite 2015 unter 40 Prozent. Die Mehrheit der Pflichtmitglieder in demokratisch legitimierten „Lobbys“ bleibt zu Hause, wenn es um die Vertretung ihrer Interessen geht. Das verstehe, wer will – und es ist der Schwachpunkt der Kammern.